

Entwicklungen & Trends 2013

Agrarwende und Naturschutz? – Zu kurz gesprungen!

von Magnus Wessel

2013 stand wie zu erwarten ganz im Zeichen des Wahlkampfes und dem Finden einer neuen Regierung, aber weitestgehend nicht im Zeichen von Natur und Umwelt. Trotz vehementem Einsatz der Umwelt- und Naturschutzverbände spielten ökologische Themen keine Rolle im Wahlkampf, weder in der medialen Darstellung, noch in der politischen Debatte. Auch bei der Umsetzung der EU-Agrarreform zeichnet sich ab, dass von einem tiefgreifenden »Greening« der Landwirtschaft nicht (mehr) die Rede sein kann.

Die Agrarreform und ihre Kinder

Alle sieben Jahre gibt es eine neue EU-Agrarreform. Ein breites Bündnis kämpfte über Monate und Jahre für eine grundlegende Veränderung der Agrarlandschaft wie Asterix gegen die Römer.¹ Bislang dominieren noch die Römer ...

Brüssel hat den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zur gerechteren Verteilung der Direktzahlungen eröffnet, damit war die Agrarwende zumindest in Teilen zum Greifen nahe. Dazu gehören regionale und transparente Wertschöpfungsketten für Lebensmittel sowie hohe Umwelt- und Tierschutzstandards. Am Ende wurde es allenfalls ein Einstieg in den von uns geforderten Systemwechsel, dass in Zukunft öffentliche Gelder nur noch für Leistungen, die der Gesellschaft auch zugute kommen, zur Verfügung stehen (»public money for public goods«).

Konkret sehen die neuen Regelungen vor, dass Subventionsempfänger ab 2014 einige Umweltregeln einhalten müssen, wenn sie weiter die vollen Direktzahlungen aus Brüssel bekommen wollen. Für den Natur- und Artenschutz wichtig: Bis auf Ökobetriebe sollen künftig alle Betriebe fünf und später sieben Prozent ihrer Ackerfläche so bestellen, dass sie zumindest teilweise dem Artenschutz dienen, etwa mit dem Anbau von Eiweißpflanzen, Hecken oder Blühstreifen. Unklar ist indes, ob auf diesen Artenschutzflächen synthetische Dünger und Pestizide konsequent verboten werden. Wiesen und Weiden dürfen nur noch unter Auflagen umgepflügt werden. Auf rund 70 Prozent der Ackerflächen eines Subventionsempfängers sind jedoch weiterhin Monokulturen erlaubt.

Die EU-Agrarreform ermöglicht den Mitgliedstaaten, 30 Prozent der Direktzahlungen aus Brüssel für kleinere Betriebe und 15 Prozent in den Fördertopf für ländliche Entwicklung umzuwidmen: für mehr Ökolandbau, Tierschutz und Regionalität.

***Einstieg in
den Systemwechsel***

Sowohl die Verhandlungen in Brüssel als auch die deutsche Agrarministerkonferenz haben es jedoch verpasst, die Weichen in der Landwirtschaftspolitik grundlegend neu zu stellen und die Vergabe der Agrarmilliarden zugunsten einer bäuerlichen und tierschutzgerechten Landwirtschaft neu zu ordnen. Nur so aber könnten tatsächlich Schäden an der Natur, den Menschen und Tieren durch die industrialisierte Landwirtschaft reduziert und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen gesichert werden.

**Erfolge
im Kleinen ...**

Einen kleinen Erfolg konnte bei der letzten Agrarministerkonferenz im November 2013 in München erzielt werden: Betriebe erhalten bei den Direktzahlungen jährlich zusätzlich 50 Euro für die ersten 30 Hektare und weitere 30 Euro für die Hektare 31 bis 46. Damit werden kleinere Betriebe ab 2014 etwas besser gestellt gegenüber den großen. Das ist auch nur recht und billig, denn diese Umverteilung betrifft lediglich 6,9 Prozent der Direktzahlungen in Deutschland. Das Gros der Zahlungen fließt weiterhin an wenige Großbetriebe. Zudem sollen in den nächsten sieben Jahren 4,5 Prozent (220 Millionen Euro pro Jahr) der Direktzahlungen für die Förderung der ländlichen Entwicklung, also von der Ersten in die Zweite Säule umgeschichtet werden. Das ist zwar sehr wenig, doch mehr als gar keine Umverteilung, wie es die alte schwarzgelbe Regierung wollte. Die Bundesländer haben die künftige Bundesregierung außerdem aufgefordert, die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um 200 Millionen Euro aus dem Bundesetat aufzustocken. Beides zusammen, die Aufstockung der GAK aus Berliner Mitteln und die Umschichtung von Direktzahlungen, sind wichtige Beiträge, um wenigstens den Status Quo zu halten für die Finanzierung alternativer Praktiken im Landbau und in der Regionalentwicklung.

**... lösen nicht
die großen
Herausforderungen**

Doch es ist zu wenig, um die Kernherausforderung zu meistern: Steigende Getreide- bzw. Maispreise und die aggressive Exportförderung der Bundesregierung, einhergehend mit der offensiven Anwerbung neuer Lohnmäster von Seiten der Schlachthofkonzerne, bilden für viele Landwirte attraktive Investitionsanlässe in Richtung Monokulturen, Flurbereinigungen, schwerere Maschinen, Rationalisierung und Industrialisierung ihrer Betriebe. Dem hätte die Agrarreform entgegenwirken sollen. So bleiben (mindestens) drei Großbaustellen für die zukünftige EU-Agrarpolitik und deren Umsetzung in den Mitgliedländern:

**Drei
Großbaustellen**

- Mit Hilfe des Ordnungsrechtes die Umweltstandards für alle Betriebe anzuheben ist die eine Baustelle. Ein Beispiel dafür ist die voraussichtlich auch im Koalitionsvertrag vorgesehene Novelle der Düngeverordnung.
- Die zweite, ebenso dringliche Baustelle ist die Novellierung der Kennzeichnungsregeln für Lebensmittel. Derzeit traut sich die Politik da kaum heran, doch ist das Labeling gerade mit Blick auf Gentechnikfutter, Massentierhaltung, Hormoneinsatz und das geplante US-EU-Freihandelsabkommen von größter Bedeutung. Verbraucher wollen Herkunft, Haltung und Fütterung im Zusammenhang mit Lebensmitteln eindeutig erkennen können.
- Die Subventionsverteilung bildet die dritte offene Baustelle: Eine weitere Umverteilung der Agrarsubventionen in Programme für besonders umwelt- und tierfreundlich arbeitende Landwirte muss einen fairen Ausgleich schaffen für die Leistungen dieser Betriebe, die der Markt nicht bezahlt. Der Natur- wie auch der Bodenschutz sind auf attraktive Förderprogramme für die Landwirte angewiesen. Und davon sind wir noch meilenweit entfernt.

**Nachbesserung
erforderlich**

Damit ist auch klar, dass die Proteste auf der Straße vor dem Kanzleramt und während der Agrarministerkonferenzen, in den Medien, vor industriellen Tierhaltungen und in der Lobbyarbeit fortgesetzt werden, auch um die Agrarreform nicht als »Greenwashing« enden zu lassen. In all diesen Bereichen sind Bundesregierung und Länder aufgefordert, kontinuierlich nachzubessern.

Naturschutz und Energiewende – kein Interessensausgleich in Sicht

Die Unterstützung des adäquaten Interessensausgleichs zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Zielen des Natur- und Artenschutzes bei Wahrung der objektiven Grenzen von Populationen und Ausbauzielen spielten auf Tagungen, Fachsymposien und in der öffentlichen Auseinandersetzung weiterhin eine wichtige Rolle. Die bestehenden Wissens-

und Kommunikationsdefizite sind augenfällig, doch zur echten Konfliktminimierung wird am Ende eine Stärkung der Regionalplanung stehen müssen, die im Rahmen der Kommunalisierung in vielen Bundesländern geschwächt worden ist. Um den teilweise erbittert und persönlich geführten Kampf zwischen Landesministerien, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Natur- und Artenschutz und engagierten Energiewendebürgern nicht weiter zu befeuern, braucht es darüber hinaus eine bessere Koordination der Ausbauziele. Der goldene Weg dazu fehlt bislang noch.

Bundeskompensationsverordnung in der Sackgasse

Das Bundesumweltministerium hatte als Teil des »10 Punkte«-Plans des kurzfristig eingesprungenen neuen Bundesumweltministers Peter Altmaier nicht nur die Energiewende, sondern auch die bundeseinheitliche Ausgestaltung der Eingriffsregelung im Blick. Nachdem die ersten Entwürfe der »Bundeskompensationsverordnung« im Dezember 2012 von Umweltverbänden wie Ländern als »zu kurz gesprungen« eingeordnet wurden, begann die Phase der Überarbeitung.

Es galt die Vermeidung von Eingriffen im Blick zu behalten und eine bundeseinheitliche und zugleich naturschutzfachlich hochwertige Kompensation von Eingriffen sicherzustellen, die von Landwirtschaftslobby und Teilen der FDP bedroht wurde.

Der Entwurf wurde zur Sackgasse: Am Ende stand der Wahlkampf, immer noch fragwürdige fachliche Kriterien und vor allem die Forderung der Länder, die bundeseinheitliche Kompensation nur beim Energieleitungsausbau zur Geltung zu bringen. Einheitliche Anwendung, Bürokratieabbau, Transparenz und sachlich angemessene Entscheidungen? Fehlanzeige. Deutschlands Föderalismus verhinderte einmal mehr überprüfbaren, transparenten Naturschutz.

Eine adäquate Stärkung der Eingriffsregelung steht also bislang aus. Die neue Bundesregierung steht vor der Aufgabe, hier konsequent Abhilfe zu schaffen und sowohl das Primat der Realkompensation zu stärken als auch einen Baustein für die qualitativ einheitliche und rechtssichere Umsetzung zu liefern. Besonderes Augenmerk muss dabei auf die sogenannten produktionsintegrierten Maßnahmen gelenkt werden, die versprechen, Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung auf derselben Fläche zu verwirklichen: Hier bleibt die Grenze zur Guten Fachlichen Praxis der Landwirtschaft fließend und die Dauerhaftigkeit des Ausgleichs ein frommer Wunschtraum.

**Föderalismus
verhindert
transparenten
Naturschutz**

**Frommer
Wunschtraum**

Natura 2000 – klare Prioritätensetzung fehlt

Die Finanzierung von Natura 2000 ist seit Langem ein Wirrwarr unterschiedlicher Regelungen und Töpfe, die Landnutzern wie Naturschutzakteuren die Arbeit erschwerte. Die EU-Kommission versuchte einen neuen Anlauf, mithilfe der Mitgliedstaaten den realen Bedarf und die gewünschten Fördertöpfe abzufragen, inklusive der Prioritäten für die Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzwerks. So mussten die Länder ihren Finanzbedarf und ihre Umsetzungsprioritäten für Natura 2000 gebündelt durch das BMU nach Brüssel melden. Die so entstandenen sogenannten »Prioritären Aktionspläne« wurden von BUND und NABU gemeinsam analysiert. Angesichts der gefundenen gravierenden Defizite wurde die EU-Kommission durch die Verbände aufgefordert, Nachbesserungen durch die Bundesländer einzufordern. Die weitere Verhandlung um die konkreten Ausgestaltungen der Finanzierung, z.B. durch die Gelder aus der Regional- und Agrarförderung, ist noch nicht abgeschlossen, so dass dies auch 2014 fortgeführt wird. Es bleibt schleierhaft, wie eine erfolgreiche Umsetzung ohne klare Prioritätensetzung und konkrete Zahlen für die benötigten Kosten gelingen soll.

**Gravierende Defizite
bei den »Prioritären
Aktionsplänen«**

»Jahrhundertflut« – dreimal in elf Jahren ...

2013 geht auch in die Geschichte ein als das Jahr mit einem der dramatischsten Flutereignisse mit Wasserständen, die teilweise zuletzt 1510 in Erscheinung getreten waren.

Die Bundesregierung und die Länderregierungen der Elbanrainer hatten nach der »Jahrhundertflut« 2002 vor der Presse versprochen, den Flüssen mehr Raum zu geben. Doch kaum hat-

**Ökologischer
Hochwasserschutz:
bislang Fehlanzeige ...**

ten sie den Presseraum verlassen, war dieses Versprechen schon wieder vergessen; sämtliche der bisher umgesetzten Maßnahmen haben bis heute nicht dazu geführt, dass die Wassermassen bei extremen Regenfällen adäquat aufgenommen werden. Große Summen sind vor allem in technische Maßnahmen zum Hochwasserschutz investiert worden. Versäumt wurde jedoch der ökologische Hochwasserschutz mit dem Schwerpunkt der Auenrenaturierung. Auch die Suche nach weiteren möglichen Wasserrückhalteflächen wurde in den letzten Jahren kaum weiter verfolgt.

Leider: Denn die Schaffung zusätzlicher Feuchtgebiete könnte den Wasserhaushalt in den Flusseinzugsgebieten stabilisieren und wäre zudem ein wertvoller Beitrag zum Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Eine grundlegende Veränderung der Landnutzung in den Flusseinzugsgebieten wird man jedoch für eine effektive Hochwasservorsorge nicht vermeiden können: Mehr Extensivierung, kein Ackerbau in der Aue und die Umstellung auf Ökologischen Landbau wären wichtige Schritte, um den Wasserrückhalt zu stärken und den Boden zu befähigen, seine Pufferfunktion für Starkregen zurückzugewinnen.²

**... doch Umdenken
setzt ein**

Und doch scheint ein Umdenken durch das Wahljahr beschleunigt zu werden: Ein Programm zur Schaffung neuer Auen und Überschwemmungsflächen für mehr Hochwasserschutz scheint in greifbare Nähe zu rücken und so gilt es, diesen Impuls 2014 in reales Planen und Handeln zu überführen. Vielleicht wird dann sogar eines Tages der Ruf »Ausbau des Flusses« nicht mehr für die weitere Zerstörung, sondern für die Renaturierung ganzer, nicht mehr lukrativ für die Binnenschifffahrt nutzbarer Flusssysteme stehen.

**Glyphosatbelastung
der Bevölkerung ...**

**... doch Behörden
geben Entwarnung**

Heike Moldenhauer

Tägliches Gift

BUND-Studie zeigt allgemeine Hintergrundbelastung europäischer Bürger mit Glyphosat

Im Juni 2013 haben der BUND und sein Dachverband Friends of the Earth die europaweit erste Studie veröffentlicht, die sich mit der menschlichen Belastung mit Glyphosat befasst.¹ Getestet wurden 182 Probanden in 18 europäischen Ländern. In 45 Prozent aller Proben war Glyphosat nachweisbar. Deutschland lag mit 70 Prozent belasteter Proben zusammen mit Polen und Großbritannien auf Platz zwei hinter Malta mit 90 Prozent. Untersucht wurden ausschließlich Stadtbewohner; niemand hatte selber glyphosathaltige Produkte eingesetzt.

Deshalb ist anzunehmen, dass ein Großteil der Bevölkerung Glyphosat z. B. über Lebensmittel zu sich nimmt. Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) schreibt in seiner Stellungnahme zur BUND-Studie: »Die Studienergebnisse sind plausibel. Die Studie liefert einen Hinweis darauf, dass es eine allgemeine Hintergrundbelastung europäischer Bürger mit Glyphosat gibt, die jedoch weit unterhalb eines gesundheitlich bedenklichen Bereichs liegt.«² Das BfR hält Lebensmittel für die wesentliche Belastungsquelle.³

Die Sicherheit von Glyphosat hätte auf EU-Ebene bereits 2012 neu bewertet werden müssen, die Prüfung wurde jedoch auf 2015 verschoben.

Inzwischen hat das BfR einen neuen Grenzwert für die tägliche, als unbedenklich geltende Aufnahmemenge (ADI – acceptable daily intake) vorgeschlagen. Nach dem Motto »Glyphosat – jetzt noch sicherer« soll er statt wie bisher 0,3 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht künftig 0,5 Milligramm betragen. Das hat Konsequenzen für die landwirtschaftliche Praxis: Glyphosat könnte so in noch höheren Dosen ausgebracht werden, die Rückstandswerte für Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln etc. könnten noch weiter in die Höhe schießen, ohne je mit dem ADI zu kollidieren.

Aufgrund welcher neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse das BfR den Grenzwert hoch setzen will, ist unklar. Offensichtlich ist jedoch, dass es alle unabhängigen, nicht von der Industrie finanzierten Studien ignoriert, die Hinweise darauf geben, dass Glyphosat Embryonen schädigt, die Entstehung von Krebs begünstigt und das Hormonsystem beeinträchtigt. Offensichtlich ist auch, dass das BfR die Lebenswirklichkeit der Menschen in den südamerikanischen Anbaugebieten von Gentech-Soja außer Acht lässt, die massive gesundheitliche Probleme beklagen.

Im November hat der Bundesrat erstens ein Verbot der Sikkation⁴ und zweitens ein

Landwirtschaft, Bienenschutz und Neonikotinoide

Das vorläufige Verbot dreier Neonikotinoide war nach breitem Aufschrei von Imkern, Natur- und Umweltschützern europaweit ein erster Sieg gegen den übermäßigen Einsatz umweltgefährdender Stoffe in der Landwirtschaft.³ Das breite gesellschaftliche Bündnis für die Wild- und Honigbienen zeigte Wirkung und kann zu einem Leuchtturm für die weitere Arbeit für eine nachhaltige Landnutzung werden. Doch die Probleme bleiben umfassend.

Gemäß einer aktuellen Studie der Universität Landau⁴ töten in der Landwirtschaft verwendete Pestizide, die in den amtlich erlaubten Dosierungen ausgebracht werden, bis zu 100 Prozent der Amphibien. Die verwendeten Pestizide wirken sich direkt auf Amphibien in allen Entwicklungsstufen aus: Als Laich, als Kaulquappe und als erwachsenes Tier. Molche, Unken, Kröten und Frösche sind so dem Einsatz der Gifte ausgeliefert. Sowohl die Entwicklung der Tiere wie auch ihr Hormonhaushalt und das Immunsystem werden geschwächt. Analog der Erkenntnisse zum Bienenvölkersterben schädigen die Pestizidcocktails, die an verschiedenen Stellen von der Landwirtschaft eingebracht werden, das Immunsystem der Amphibien erheblich. Sie machen es so anfällig für Pilze, Bakterien und andere Krankheitserreger.

In Deutschland konnte zudem nachgewiesen werden, dass trotz Einhaltung vorgeschriebener Mindestabstände Gewässer in der Nähe von Äckern vom Pestizideinsatz betroffen sind. Zum Schutz der Amphibien ist eine umfassende Abkehr vom Einsatz der gefährlichen Agrochemikalien notwendig. Größere Abstände (minimal 50 Meter) zu Laichgewässern bei der Pes-

**Neue Studie:
Zugelassene Pestizide
töten bis zu 100 Prozent
der Amphibien**

Verbot des Einsatzes von Glyphosat in Hausgärten gefordert.⁵ Begründung für Punkt eins:

»Eine nah am Erntezeitpunkt liegende Anwendung von Glyphosat zur Reifebeschleunigung (Sikkation) stellt vermutlich die Haupteintragsquelle in die Lebensmittelkette dar.« Begründung für Punkt zwei: »Der mit der Einführung der ›Besonderen Abgabebedingungen‹ glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel seit 2003 erwartete Rückgang der Rückstandsbefunde dieses Wirkstoffes in Oberflächengewässern ist nicht im erwarteten Maße eingetreten.«

Fazit: Das BfR spielt eine unrühmliche Rolle, weil es nicht nur alle Probleme, die beim Einsatz von Glyphosat auftauchen, herunterspielt, sondern mit dem Vorschlag eines höheren Grenzwerts für den ADI den Gebrauch des Wirkstoffs aktiv befördert. Die Bundesbehörde übergeht die wesentliche Frage: Welche gesundheitlichen Folgen hat die Langzeitaufnahme von Glyphosat in kleinen Dosen? Schließlich ist es wenig beruhigend, dass Glyphosat über den Urin wieder ausgeschieden wird, weil davon auszugehen ist, dass es permanent wieder neu aufgenommen wird.

Anmerkungen

- 1 Medical Laboratory Bremen: Determination of Glyphosate residues in human urine samples from 18 European countries. Bremen, 28. Juni 2013 (https://www.bund.net/fileadmin/bund-net/pdfs/gentechnik/130612_gentechnik_bund_glyphosat_urin_analyse.pdf). – Ein Überblick

über Studien und Fakten zu den Auswirkungen von Glyphosat findet sich im Internet unter: www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/glyphosat_verbieten/kurzinfo/studien_und_fakten/.

- 2 Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), 29. Juli 2013 (www.bfr.bund.de/cm/343/glyphosat-im-urin-werte-liegen-unterhalb-eines-gesundheitlich-bedenklichen-bereichs.pdf).
- 3 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/142/1714291.pdf>.
- 4 Zur Sikkation, dem Ausbringen von Totalherbiziden kurz vor der Ernte, siehe auch den Beitrag von Friedrich Haalck: Künstlicher Herbst. Über Sikkation und die Reifesteuerung mit Hilfe von Pestiziden. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 130–133.
- 5 [www.bundesrat.de/cln_340/nn_1934482/SharedDocs/Drucksachen/2013/0701-800/704-13_28B_29,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/704-13\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_340/nn_1934482/SharedDocs/Drucksachen/2013/0701-800/704-13_28B_29,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/704-13(B).pdf).

**Bundesbehörde
empfiehlt:
Höhere Grenzwerte
statt weniger
Pestizideinsatz**



Heike Moldenhauer

Leiterin Gentechnikpolitik des BUND und Koordinatorin der europaweiten Glyphosatkampagne von Friends of the Earth

E-Mail:
heike.moldenhauer@bund.net

tizidausbringung sowie die Beachtung der verschiedenen Entwicklungsstufen der Tiere bei der Anwendung der Gifte wären erste Schritte hin zur Rettung dieser Artengruppe.

Endlich bleifrei – überfälliges Verbot bleifreier Munition

**Bleihaltige Munition
gefährdet Mensch
und Tier**

Nach Untersuchungen des Bundesamtes für Risikoforschung und intensivem Austausch mit Experten aus Naturschutz, Jagd und Munitionsherstellung entschloss sich die Agrarministerkonferenz nach jahrelangem Ringen der Umwelt- und Naturschutzverbände endgültig dazu, die Verwendung von bleihaltiger Jagdmunition zu beenden und einen entsprechenden Auftrag für die neue Bundesregierung zu formulieren. Die Bundesregierung wurde so nicht nur erstmals aufgefordert, die Verwendung von bleihaltiger Munition zu verbieten, sondern es wurde von der Jägerschaft vorausseilend eingefordert, bereits jetzt auf die Verwendung zu verzichten. Ein guter Schritt, sind doch Risiken für den Menschen durch Bleireste im Wildfleisch nicht auszuschließen und zählt die Vergiftung durch Blei gerade in den Wintermonaten zu einer der ernsthaftesten Bedrohungen der langsam wachsenden Seeadlerpopulation Deutschlands, die selbst in Bayern wieder beginnt Fuß zu fassen. Die Logik dahinter ist eine einfache: Wir haben Blei aus Kinderspielzeug, Benzin und Make-up verbannt. Warum dann nicht auch konsequent aus unserem Essen und der Landschaft um uns herum?

Ausblick: Befreiung aus den Fesseln des Wahlkampfes

**Politik versagt im
Wahlkampf ...**

Spätestens ab Mitte des Jahres war der Politikbetrieb dann in den Fesseln des Wahlkampfes. Selbst die Energiewende wurde auf eine Kostenfrage zusammengerafft, kleine Diskussionsausreißer um die Frage der Windkraft spiegelten eher die Ohnmacht gegenüber den natürlichen Grenzen von Entwicklung und den Unfähigkeiten zum Konfliktmanagement wider.

So bleibt kritisch nachzufragen: Wenn Großdemonstrationen, breite Unterstützung durch Parlamentarier und mediale Geniestreiche wie der »Fleischatlas«⁵ nicht dazu führen, dass in einem Wahljahr der politische Druck auf Bundesebene ausreicht, um Weichenstellungen vorzunehmen, wo liegt dann der Schlüssel zu einer nachhaltigen Zukunft? In den zahlreicher werdenden regionalen und lokalen Initiativen für nachhaltiges Leben und naturgemäße Lebensmittelproduktion? In der Steigerungslogik des »Immer lauter, höher und weiter« bei der Kampagnenarbeit? In neuen Partnerschaften mit Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen? In der Verbreiterung des regionalen und lokalen Engagements, das Menschen dort abholt, wo ihre persönlichen Bedürfnisse betroffen werden, wo Lebensgenuss und ungestörtes Naturerlebnis die Alternative sein können zu Beschleunigung, Massenwaren und Dauerstress?

**... der Druck der
Zivilgesellschaft
wird bleiben**

Eins sollte Mut machen: Viele Menschen warten auf für sie passende Angebote sich zu engagieren, eine Krise der Freiwilligenarbeit in Deutschland ist nicht festzustellen. Grade das Thema Lebensmittel und Vielfalt der Landschaft motiviert und bewegt Menschen, von seltenen Sorten im Kleingarten und Wildbienenwiesen am Wegesrand bis hin zum politischen Engagement. Einen ersten Fingerzeig mag dabei die Landtagswahl in Niedersachsen geben. Traut man den Analysten, ist das Thema der nachhaltigen Landwirtschaft der maßgebliche Faktor für den Regierungswechsel gewesen. Es herrscht ein tiefgreifendes Unbehagen vieler Menschen gegenüber der wachsenden Uniformität von Landschaft und Produktion. Dieses Unwohlsein in konkrete Handlungen und politischen Druck zu verwandeln, bleibt die Herausforderung für alle, die eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft ernstnehmen und die gemeinsam dem andauernden Verlust biologischer Vielfalt »da draußen« entgetreten: für Bauern, Ausbildungsbetriebe, Nichtregierungsorganisationen und Ministerien. Das kleine gallische Dorf muss wachsen!

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu die Artikel im letztjährigen Kritischen Agrarbericht mit dem Schwerpunkt »Agrarreform«.
- 2 Näheres hierzu im BUND-Eckpunktepapier zum Hochwasserschutz vom 1. September 2013 (www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/wasser/130830_bund_wasser_hochwasserschutz_eckpunktepapier.pdf).
- 3 Siehe hierzu auch den Beitrag des Imkers Walter Haefeker »Vom Summen in der Politik« in diesem Kritischen Agrarbericht (S. 57–61).
- 4 Carsten A. Brühl et al.: Terrestrial pesticide exposure of amphibians: An underestimated cause of global decline? In: Scientific Reports 3 (2013), doi:10.1038/srep01135 (www.nature.com/srep/2013/130124/srep01135/full/srep01135.html). – Eine deutsche Zusammenfassung findet sich auf der Website der Universität unter: www.uni-koblenz-landau.de/landau/aktuelles/archiv-2013/amphibiensterben.
- 5 Heinrich Böll Stiftung, BUND, Le Monde diplomatique (Hrsg.): Fleischatlas – Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Berlin 2013 (www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/130108_bund_landwirtschaft_fleischatlas.pdf).



Magnus Wessel

Leiter Naturschutzpolitik beim
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND) e.V.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: magnus.wessel@bund.net